

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 201

18. Oktober 1978

Egon Bahr MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, wirft der Union vor bei der Wahl des Bundespräsidenten Parteiegoismus vor die Gesamtinteressen unseres Staates stellen zu wollen.

Seite 1/2

Oskar Lafontaine, Landesvorsitzender der SPD-Saar und Oberbürgermeister von Saarbrücken, unterstützt die Vorschläge des stellv. SPD-Vorsitzenden Hans Koschnick zur Behandlung von Extremisten bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst.

Seite 3

Hans-Jürgen Augstein MdB begrüßt den Stand der DDR- und vergleichenden Deutschland-Forschung.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

Ein krasser Unions-Beitrag zur Parteienverdrossenheit

Die Wahl des Bundespräsidenten darf nicht am Volkswillen vorbeigehen

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Es gibt noch Gemeinsamkeiten der beiden Unionsparteien. Sowohl Helmut Kohl als auch Franz Josef Strauß haben sich für einen eigenen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten im nächsten Jahr ausgesprochen. Kohl hat das mit dem Versuch verbunden, vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Bemühungen entgegenzutreten, ihn selbst zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl zu machen. Damit hat Kohl selbst bestätigt, daß es ernstzunehmende Kräfte innerhalb seiner eigenen Partei und Fraktion gibt, die auf diese Weise den Weg frei machen wollen für einen neuen Oppositionsführer.

Ebenso interessant ist die Aussage von Strauß, der zwar Walter Scheel bestätigt, daß er ein "guter Präsident" ist, aber trotzdem von der Union nicht unterstützt werden könne, weil er "von einer anderen Mehrheit gewählt worden ist".

Drastischer kann nicht ausgedrückt werden, daß für die Union die Frage der Qualifikation für das Amt des höchsten

Repräsentanten unseres Staates niedriger rangiert als die Parteiherkunft. Welches Demokratieverständnis wird hier offenbar, wenn Walter Scheel bestätigt wird, daß er sein Amt wie es seine Pflicht ist, so geführt hat, daß er nicht nur der Präsident der Mehrheit geworden ist, die ihn gewählt hat. Der Mann ist gut, aber seine Parteiherkunft taugt nichts - das ist der Kern der Unionshaltung. Ein besonders krasser Beitrag zur Parteien-Verdrossenheit wird hier geliefert.

Es sei zur Parallele an die beiden Wahlen von Theodor Heuss erinnert. Heuss wurde 1949 mit den Stimmen der damaligen Koalition des CDU-Kanzlers Adenauer gewählt. Die SPD trat zur ersten Bundespräsidentenwahl mit einem eigenen Kandidaten an. In seiner ersten Amtszeit erwarb Heuss damals - wie Scheel heute - die Zustimmung weit über den Kreis derer hinaus, die ihn in dieses Amt gewählt hatten. Für die SPD ergab sich daraus die Schlußfolgerung, Theodor Heuss bei seiner Wiederwahl 1954 mit ihren Stimmen in der Bundesversammlung zu unterstützen; in der Strauß'schen Diktion müßte man wohl sagen: Obwohl Heuss fünf Jahre vorher "von einer anderen Mehrheit" gewählt worden war.

Für die Person des Bundespräsidenten sollte heute wie damals gelten: Entscheidend ist die Art und Weise, wie er die ihm übertragene Aufgabe wahrnimmt und ausfüllt, nicht aber seine politische Herkunft. Parteiegoismus muß spätestens dort seine Grenzen finden, wo das Gesamtinteresse unseres Staates berührt wird.

Mehr als zwei Drittel der Bürger unseres Landes treten für eine zweite Amtsperiode von Walter Scheel ein. Nun sieht unsere Verfassung zwar keine Volkswahl des Bundespräsidenten vor, aber diese Wahl darf auch nicht am Volk vorbeigehen. Der Bürgerwille sollte auch in der Entscheidung der Bundesversammlung seinen Ausdruck finden.

(-/18.10.1978/ks/hgs)

+ + +

Picasso als Kunsterzieher ablehnen?

Sorge um geistig kulturelles Klima in der Bundesrepublik

Von Oskar Lafontaine

Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Saar und Oberbürgermeister von Saarbrücken

Die Bundesregierung hat mit ihrer Erklärung zum politischen "Dauerbrenner" Radikalenbeschluß, wonach dieser für sie nicht mehr existiere, einen Schritt in die richtige Richtung getan. Damit sieht sich die Saar-SPD in ihrer Auffassung voll bestätigt. Der Landesvorstand hatte in jüngster Zeit eindeutig festgestellt, daß für jeden Bewerber oder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zunächst die positive Vermutung der Verfassungstreue zu gelten habe.

Im Saarland sind in den letzten Jahren über 13.000 Überprüfungen vorgenommen worden, mit all den negativen Begleiterscheinungen, die jetzt bundesweit bekannt wurden. Die saarländische FDP in der Koalition mit der CDU hat einen immer schwereren Stand dem saarländischen Wähler ihre liberale Haltung deutlich zu machen. Die Auffassung von Bundesinnenminister Gerhart Baum wird die Position der FDP daher zusätzlich erschweren. Die Freien Demokraten sind von den saarländischen Jungdemokraten bereits öffentlich aufgefordert worden, in der Landesregierung darauf hinzuwirken, daß der illiberalen Gesinnungsschüffelei an der Saar ein Ende bereitet wird.

Es ist zu begrüßen, daß Willy Brandt, Hans Koschnick und Egon Bahr frühzeitig erkannten, daß dieser Erlaß zu Praktiken führte, die an die Zeit des dritten Reiches erinnern. Die Saar-SPD wertet die jetzt von Koschnick vorgelegten neun "Grundsätze zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst" als einen "Schritt in die richtige Richtung".

Nach unserer Auffassung geht es bei der gegenwärtigen Diskussion nicht nur um den Radikalerlaß, sondern generell um das geistig kulturelle Klima in der Bundesrepublik überhaupt. Es ist heute ohne weiteres möglich, daß Franz Josef Strauß mit dem faschistischen System in Chile offen sympathisiert, ohne daß im konservativen Lager bis hin zur katholischen Amtskirche jemand daran Anstoß nimmt. Derselbe Mann will Beamter, d.h. bayerischer Ministerpräsident werden. Ebenso hat Alfred Dregger dem persischen System seine Sympathie gezeigt; einem Regime, daß für Unterdrückung und Folter bekannt ist.

Wir teilen die Meinung von Hans-Ulrich Klose, daß es besser ist ein paar Kommunisten sind im Schuldienst vertreten, als daß eine ganze junge Generation verunsichert wird und den Glauben an die demokratische Institution unseres Staates verliert. Zudem muß man sich in Deutschland einmal die Frage stellen, wie man künftig in Europa bestehen will, wenn man mit den klassischen westlichen Demokratien zusammenarbeiten möchte. Wir dürfen nicht übersehen, daß beispielsweise in Frankreich große Teile der Wählerschaft für die Kommunisten votieren oder etwa in Italien Kommunisten und Christdemokraten die Regierung tragen. Und man muß hinzufügen, daß ganz prominente Kulturschaffende Kommunisten waren. Wer könnte es ernsthaft verantworten die Forderung aufzustellen, Picasso dürfe nicht Kunsterzieher werden. Oder wer wollte es vertreten, daß Bert Brecht, wenn er sich für eine Stelle als Deutschlehrer bewerben würde, nicht zugelassen werden könnte.

Insoweit, meinen wir, sind die Praktiken in der Bundesrepublik noch weit weg von dem, was die üblichen westlichen Demokratien Europas akzeptieren könnten. Wir dürfen auch nicht vergessen, das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig festgestellt, daß die bloße Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei die im Beamtengesetz vorgesehene Treuepflicht gegenüber dem Staat nicht ausschließt.

(-/18.10.1978/hi/hqs)

Förderungsschwerpunkte erwiesen sich als richtig

Zum Gutachten über DDR- und vergleichende Deutschland-Forschung

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Berichterstatler des Haushaltsausschusses für das Bundesministerium
für innerdeutsche Beziehungen

Seit März dieses Jahres liegt das 1975 in Auftrag gegebene Gutachten über den Stand der DDR-Forschung und der vergleichenden Deutschland-Forschung vor. Zu einigen Aspekten dieser Arbeit habe ich im Juli Stellung bezogen und dabei u.a. darauf hingewiesen, daß die Bedeutung, die man diesem Sachgebiet der Forschung beimißt, allein schon daraus zu ersehen sei, daß für das Gutachten eine halbe Millionen DM bereitgestellt worden ist. 1978 wurden 3,09 Millionen DM für die Forschungsförderung eingesetzt, eine durchaus beachtliche Summe.

Leider war jedoch eine unübersehbare Kluft zwischen dem eigentlichen Gutachten von 1.228 Seiten und den "Ergebnissen und Empfehlungen" von 68 Seiten festzustellen, die dem Gutachten vorangestellt und allein der Öffentlichkeit durch ihren Verfasser, den Münchner Soziologen Prof. Ludz, der die leitende Verantwortung für das Gutachten trug, übergeben worden waren. So mußte der Eindruck entstehen, die DDR-Forschung sei mangelhaft, und die politisch Verantwortlichen hätten dieses Feld sträflich vernachlässigt.

Dies alles war und ist mühelos zu widerlegen. So äußert sich nämlich das Gutachten selbst weder insgesamt noch im einzelnen zum Forschungsförderungsprogramm des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen. Und es blieb unerwähnt, daß es der damalige Minister Wehner war, der 1968 die Zielrichtung der Forschungsförderung neu bestimmt und ein entsprechendes Referat in Berlin errichtet hat. Bundeskanzler Brandt konstatierte 1969 und im Bericht zur Lage der Nation einen Nachholbedarf für fundierte Vergleiche zwischen beiden Teilen Deutschlands. Und in den vom

Ministerium im Auftrag gegebenen "Materialien" 1971, 1972 und 1974 wurde eindrucksvoll deutlich, welche Impulse davon ausgegangen waren.

Auch nachträglich haben sich die Förderungsschwerpunkte des Ministeriums als richtig erwiesen. So wurden in den genannten "Materialien", den Anlagen zu den Berichten über die Lage der Nation, Bestandsaufnahmen und Leistungsvergleiche zusammengetragen. Sie umfaßten 1971 die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Lage der Jugend. 1972 gab es einen umfassenden Rechtsvergleich. Und 1974 wurden die Themenbereiche des Jahres 1971 fortgeführt und erweitert sowie Sozialpolitik und Verfassungsrecht hinzugefügt.

Man darf feststellen, daß das Gutachten die Voraussetzungen dafür mitgeschaffen hat, Ausschreibungen vorzubereiten mit dem Ziel, eine thematisch zusammenhängende Forschung zu initiieren. Die Stiftung Volkswagenwerk hat dafür mit ihrer Ausschreibung "Deutschland nach 1945 - Entstehen und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR" ein Beispiel gegeben. Übrigens erfolgte die Ausschreibung gleichzeitig mit der Übergabe des Gutachtens.

Ohne Zweifel verdienen einige Anregungen des Gutachtens bzw. der "Ergebnisse und Empfehlungen" Beachtung. Ein ständiger fester Kreis von Wissenschaftlern zur Begutachtung von Forschungsprojekten zum Beispiel erscheint in dieser Form jedoch nicht optimal. Mehr hätte man sich wegen der Breite der Thematik von wechselnden Voten zu versprechen.

Zuzustimmen ist dem Gutachten, wenn es ein Zentralinstitut für DDR-Forschung ablehnt. Vielmehr soll die Grundlagenforschung dezentralisiert an den dafür geeigneten wissenschaftlichen Einrichtungen bleiben. Hinzuzufügen wäre allerdings, daß es auch künftig keine andere Förderung als die von Projekten geben darf. Die Priorität der Universitätsforschung ist dabei nichts Neues, sie war seit langem ein Kernelement der Förderungskonzeption des Ministeriums.

Die Empfehlung zur Einrichtung einer zentralen Informationsstelle für die DDR-Forschung in der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben rennt offene Türen ein. Dies wird vom Ministerium seit langem betrieben, die Stelle ist bereits Wirklichkeit und wird zügig aufgebaut. Sie soll alle Projekte der DDR-Forschung erfassen, alle relevanten Publikationen sammeln und allen DDR-Forschern zu Auskünften zur Verfügung stehen.

Schließlich der Vorschlag, ein System anspruchsvoller wissenschaftlicher Tagungen zu entwickeln. Diese Anregung ist zu begrüßen, aber nur bei gesicherter Finanzierung. Vor einem zu großen Rahmen ist zu warnen. Im Übrigen wird das Ministerium hier nur das unterstützen können, was die Wissenschaft selbst an Initiativen entwickelt.